

erlanger linke- Rathausplatz 1- 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Florian Janik
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Rathaus, Zimmer 127
Büro: Montag 15-18 Uhr
Sprechstunde: Montag 17-18 Uhr
mail: erlanger-linke@stadt.erlangen.de

Erlangen, den 17.05.2015

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Janik,

aufgrund der Diskussion am Freitag, 15.05.15 im Röthelheimtreff zur geplanten Verdichtung der ehemaligen Housing Area stellen wir den folgenden

Dringlichkeitsantrag zur geplanten Verdichtung der ehemaligen Housing Area

1. Der Stadtrat beschließt, das Verfahren auszusetzen bis mit den Anwohnern eine Einigung erzielt worden ist.
2. Das Einigungsverfahren ist ergebnisoffen zu führen, insbesondere im Hinblick auf die Anzahl und Größen der neu zu bauenden Wohnungen.

Begründung:

Mit den von Verdichtung betroffenen Bürgern hat bisher kein echter Dialog stattgefunden. Bei der o. a. Veranstaltung wurden nur drei Varianten für eine sehr massive Verdichtung dargestellt. Der Grad der Verdichtung wurde als nicht mehr diskutierbar dargestellt, was zu zusätzlicher Empörung bei den Bewohnern führte.

Während der Veranstaltung wurde dagegen eine Vielzahl von Fragen gestellt, die nur teilweise beantwortet wurden. Viele Bürger kamen aufgrund des Veranstaltungsformats überhaupt nicht dazu ihre Fragen zu stellen. Auch in nachfolgenden Diskussionen im Wohngebiet wurde eine sehr große Unzufriedenheit über den Ablauf und die bisher unzureichende Beteiligung geäußert.

Auch die Umfrage der GeWoBAU hat den Willen der Bürger nur allgemein und ohne konkrete Ziele abgefragt. Für viele Bürger stehen die veröffentlichten Ergebnisse im völligen Widerspruch zu den vorgestellten Planentwürfen.

Im Interesse einer umfassenden Bürgerbeteiligung, aus der eine weitest gehende Einigung mit den Bürgern zum Beginn der Planung steht, kann das Verfahren in der bisherigen Art und Weise nicht weiter geführt werden. Dass es besser geht, zeigen andere Beispiele.

Die Dringlichkeit ist gegeben, da der Aufsichtsrat der GeWoBAU plant, in Kürze erste Beschlüsse dazu zu fassen.

Zum jetzigen Zeitpunkt sehen wir noch die Chance, mit den Bürgern wieder in einen Dialog zu kommen, der dem Grundanliegen, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, gerecht wird.

Des Weiteren bitten wir um Stellungnahme zu den folgenden Fragen:

1. Welche Folgen erwartet die Stadtverwaltung mit der geplanten Verdoppelung der Anwohnerzahl?
2. Werden sich die Mietpreise für die offerierten „bezahlbaren“ Wohnungen danach auf dem Niveau des bisherigen qm-Preises der Wohnungen in der ehemaligen Housing Area bewegen? Falls nein, was ist die Zielvorstellung für die Mietpreise der neu geplanten Wohnungen?
3. Schließt das Sozialamt aus, dass Empfänger von Leistungen nach SGB (Hartz-IV und Grundsicherung) zur Senkung der Kosten der Unterkunft bzw. zum Auszug aus ihre bisherigen Wohnung verpflichtet werden, wenn ihre bisherige Wohnung oder die angebotene gleich große Ersatzwohnung danach über der anerkannten Höchstmiete liegt?
4. Welche Immobiliengesellschaft bzw. Stadtentwicklungsentwicklungsfirma hat bei der Planung bisher beraten?
5. Wie bewertet die Verwaltung insbesondere die Referenten für Kultur, Soziales, Umwelt und Bauwesen den Inhalt und die Schlussfolgerungen des ausgewogenen Artikels zum Thema Wohnraumverdichtung im Monatsspiegel der SPD Erlangen Ausgabe Februar 2015 auf den Seiten 9 bis 10? Welche Schlussfolgerungen könnten sich daraus ergeben?

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Pöhlmann
Stadtrat

Anton Salzbrunn
Stadtrat